

solidarisch

02|20

Für eine sklavenfreie Welt



Vorwort

Die ganze Welt ist derzeit mit den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie beschäftigt. Ob dieser beispiellosen Herausforderung sollten wir nicht vergessen, dass es unabhängig davon globale Menschenrechtskrisen gibt, die unsere Aufmerksamkeit verdienen und die durch die Pandemie sogar verschärft werden. Eine davon ist moderne Sklaverei: Über 40 Millionen Menschen, davon rund 10 Millionen Kinder, leben heute in Verhältnissen, in denen diese Menschen gegen ihren Willen zur Arbeit gezwungen werden, was faktisch der Sklaverei gleichkommt. Und dies, obwohl Sklaverei weltweit verboten ist.

Wir müssen dieses Phänomen ernst nehmen. Denn in der heutigen, global vernetzten Wirtschaft sind auch wir in Liechtenstein davon betroffen – sowohl als Konsumenten wie auch als Produzenten. Der Privatsektor trifft täglich Entscheidungen darüber, wo investiert und wie produziert wird. Nachhaltige Investitionsentscheidungen haben daher einen grossen Einfluss auf die Arbeits- und Lebensbedingungen in Ländern, aus denen Rohstoffe stammen oder in denen Güter her-

gestellt werden. Als Privatpersonen haben wir durch unsere Konsumentscheidungen zudem einen wesentlichen Einfluss darauf, welche Produkte auf dem Markt angeboten werden und wie diese hergestellt werden.

Moderne Sklaverei und Menschenhandel sind globale Probleme, die globale Lösungen erfordern. Es ist daher ein starkes und wichtiges Zeichen, dass sich die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der UNO-Agenda 2030 mit diesen schwerwiegenden Verbrechen befassen. Mehrere Ziele der Agenda fordern die Beendigung von moderner Sklaverei und Menschenhandel. Alle Staaten, die globale Wirtschaft, aber auch jeder und jede Einzelne von uns als Konsumenten sind daher aufgefordert, einen Beitrag zur Beendigung dieser Verbrechen zu leisten.

Im Rahmen der internationalen Solidarität leistet Liechtenstein einen Beitrag zur Verbesserung der Perspektiven von vielen Menschen in Entwicklungsländern. Dazu gehört auch die Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel.

Mit diesen Phänomenen beschäftigen wir uns im Rahmen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit auf vielfältige Weise. Ich bin stolz darauf, dass Liechtenstein konkrete und wirksame Beiträge zu deren Beendigung leistet.

Die vorliegende Publikation bietet Gelegenheit, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen und vermittelt einen Eindruck von den Projekten, welche das Amt für Auswärtige Angelegenheiten sowie der Liechtensteinische Entwicklungsdienst in diesem Zusammenhang unterstützen.



Dr. Katrin Eggenberger
Ministerin für Äusseres,
Justiz und Kultur

Liechtensteins Engagement in der globalen Sklavereibekämpfung

4

Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat die Staatengemeinschaft beschlossen, wirkungsvolle Massnahmen zur Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel zu ergreifen. Seit 2016 setzt sich Liechtenstein in Zusammenarbeit mit der «United Nations University» (UNU) für die Einbindung des globalen Finanzsektors bei der Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel ein. Mit seinem Engagement verfolgt Liechtenstein mehrere Ziele. Dazu zählt die Leistung eines Beitrags sowohl zur Lösung einer der grössten Menschenrechtskrisen unserer Zeit als auch zur Erreichung der UNO-Nachhaltigkeitsziele. Ein ebenso wichtiges Ziel ist die Einbindung und Positionierung des liechtensteinischen Finanzplatzes in einer konstruktiven und gestaltenden Rolle.

Der Regierung war es ein grosses Anliegen, dass sie in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft einen Beitrag zur Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel leistet. Damit sollte sichergestellt werden, dass die liechtensteinische Privatwirtschaft

sowie der Philanthropie-Sektor ihr Expertenwissen mit einbringen konnten, um die gemeinsame Vision in die Tat umzusetzen: Den globalen Finanzsektor ins Zentrum der Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel zu stellen. Die Schaffung der «Liechtenstein-Initiative» als öffentlich-private Partnerschaft zwischen der liechtensteinischen Regierung, der LGT Group, dem Liechtensteinischen Bankenverband, der Hilti Familienstiftung, der Medicor Foundation und der Tarom Foundation ist deshalb ein wichtiger Erfolg. Ebenfalls als Erfolg können die Partnerschaften mit Australien, den Niederlanden sowie der UNU gewertet werden.

Die «Liechtenstein-Initiative» setzte in einem ersten Schritt eine breit abgestützte Finanzsektorkommission ein, die sich mit den Sorgfaltspflichten, Investitionen und Innovationen des Finanzsektors in Zusammenhang mit moderner Sklaverei und Menschenhandel auseinandersetzte. Insgesamt bestand die Kommission aus 25 Personen, darunter Opfer von Menschenhandel und Kindersklaverei, Führungskräfte von Hedgefonds, Banken, institutionelle Inves-

toren, Entwicklungsfinanzierungsorganisationen und internationale Regulierungsbehörden sowie UNO-Mandatsträger und zivilgesellschaftliche Akteure. Die politische Schirmherrschaft wurde von Regierungschef Adrian Hasler, der australischen Aussenministerin Marise Payne, dem niederländischen Aussenminister Stef Blok sowie dem Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus übernommen, welcher sich seit Jahrzehnten mit moderner Sklaverei und Finanzdienstleistungen für die Ärmsten beschäftigt.

Während ihrer einjährigen Tätigkeit führte die Kommission vier Konsultationen in den USA, Liechtenstein, Australien und den Niederlanden durch. Daraus resultierte ein Massnahmenkatalog unter dem Titel «Unlocking Potential: A Blueprint for Mobilizing Finance Against Slavery and Trafficking». Dieser wurde am 27. September 2019 an der UNO-Generalversammlung in New York der Staatengemeinschaft und dem globalen Finanzsektor vorgestellt. Der Massnahmenkatalog bietet den Akteuren des globalen Finanzsektors Kriterien und Empfehlungen für ihr Engagement zur



Vorstellung des FAST-Massnahmenkatalogs am 27. September 2019 an der UNO-Generalversammlung in New York. Von links nach rechts: Fiona Reynolds, CEO, UN-lead Principles for Responsible Investment und ehemalige Vorsitzende der Finanzsektorkommission, Christian Wenaweser, liechtensteinischer Botschafter an der UNO in New York sowie Muhammad Yunus, Friedensnobelpreisträger und ehemaliger Schirmherr der Finanzsektorkommission.

Copyright: Liechtenstein-Initiative

Beendigung von moderner Sklaverei und Menschenhandel. Vollständig umgesetzt, kann dieser grosses Potenzial freisetzen.

Zur Umsetzung der Ziele des Katalogs werden praktische Werkzeuge zur Verfügung gestellt. Beispielsweise ermöglicht das sogenannte Opferkonto den Opfern von moderner Sklaverei und Menschenhandel Zugang zu grundlegenden Finanzdienstleistungen. Denn allzu oft wer-

den die Identitäten von Opfern für Geldwäscherei oder Kreditbetrug verwendet, was das Wiedererlangen der Kreditwürdigkeit massiv erschwert. Das Opferkonto wird bereits von zwölf grossen Privatkundenbanken angeboten. Der Massnahmenkatalog bietet aber auch andere praktische Hilfestellungen für den Finanzsektor. Das Werkzeug zur Transaktionsanalyse bietet aus über 600 analysierten Sorgfaltspflicht-Indikatoren Hand-

lungsempfehlungen für die Durchführung von Finanzermittlungen. Ein weiteres Werkzeug hilft bei der Identifikation von Risiken in Geschäftstätigkeiten und Geschäftsbeziehungen.

Mit der Vorstellung des Massnahmenkatalogs wurde die erste Phase erfolgreich abgeschlossen. In der zweiten Phase setzt sich Liechtenstein zusammen mit seinen Partnern im In- und Ausland aktiv für die globale Bekanntmachung und Umsetzung des Massnahmenkatalogs ein. Am Ende der Verbreitungsphase wird von den Partnern der «Liechtenstein-Initiative» Mitte 2021 eine Überprüfungs-konferenz organisiert. Die Konferenz wird aufzeigen, wo Verbesserungsbedarf bei der Umsetzung der Initiative besteht und welche nächsten Schritte eingeleitet werden müssen, um den Massnahmenkatalog noch effizienter umzusetzen.

Text: Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Kinderarbeit und Ausbeutung wirksam bekämpfen

6

SDG 8, «Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum», betont zu Recht, dass ein integratives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum kaum erreicht werden kann, wenn unfaire und ungesunde Arbeitsbedingungen vorherrschen. Tatsächlich führt die Aufrechterhaltung von Arbeitsnormen zu einer Verringerung von Ungleichheit, Diskriminierung, Ausbeutung und letztlich Armut. Rund um den Globus sind Praktiken moderner Sklaverei wie Kinderarbeit, Zwangsprostitution und wirtschaftliche Ausbeutung heutzutage leider keine Seltenheit. Daher ist ein kollektives Engagement zur Ausrottung dieser Praktiken erforderlich. Der Entwicklungszusammenarbeit kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Als Teil der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) unterstützt der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) Projekte in ländlichen Regionen Afrikas, Lateinamerikas und Osteuropas, vor allem in den Bereichen Bildung, Ernährungssicherheit und Mikrofinanz.

In Bezug auf moderne Sklaverei und Menschenhandel unterstützt der LED ein Projekt in Burkina Faso (in vier Regionen: Boucle du Mouhoun, Centre, Nord, Plateau Central), das von der Partnerorganisation «Terre des hommes» in Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen implementiert wird. Das Projekt stellt sich insbesondere der schwierigen Herausforderung der Bekämpfung von Kinderarbeit und wirtschaftlicher Ausbeutung als Folge von Risikomigration.

Konkret zielt es darauf ab, die Anfälligkeit von Kindern für Ausbeutung der Arbeitskraft durch die Entwicklung von Präventions- und Schutzmassnahmen sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielregionen zu verringern. 15 750 Kinder und Jugendliche (60% Mädchen), die von prekären Arbeitsformen in informellen Goldminen oder in Haushalten als Dienstpersonal betroffen sind, erhalten Zugang zu Bildung, Information und Beratung, Justiz sowie Wasser und sanitären Einrichtungen. 600 Eltern sowie 78 formelle und informelle Vereine werden ins Projekt miteinbezogen. In enger Zusammenarbeit mit loka-



len Akteuren wie zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und staatlichen Diensten (Sozial- und Gesundheitsdienste, Justiz) bekämpft das Projekt nicht nur die Ursachen der Vulnerabilität, sondern rehabilitiert und befähigt zugleich die Opfer dieser Formen von Ausbeutung.



Kinder bei der Arbeit in einer informellen Goldmine in Burkina Faso.

Copyright: Tdh und Olivier Girard

Um sicherzustellen, dass die unterstützten Projekte nicht gegen Menschenrechtsstandards verstossen, kann sich der LED in seinem Projektmanagement auf eine Reihe von Überwachungsinstrumenten und Hebelwirkungen stützen: Neben einer Due-Diligence-Vorabprüfung,

bei der das Management und die Grundsätze der Partnerorganisationen analysiert werden, werden die Projekte laufend durch Berichterstattung und Besuche vor Ort begleitet und evaluiert bzw. auditiert. Ausserdem berücksichtigt der LED Querschnittsthemen wie Menschenrechte,

Gleichstellung der Geschlechter, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit bei der Beurteilung von Projekten.

Text: Liechtensteiner Entwicklungsdienst

Ein globaler Fonds gegen moderne Sklaverei

8

Der Globale Fonds zur Beendigung von moderner Sklaverei (GFEMS) ist ein internationaler Fonds mit dem Mandat, moderne Sklaverei zu beenden, indem sie wirtschaftlich unrentabel gemacht wird. Die Bewältigung dieser Herausforderung erfordert einen umfassenden Ansatz. Der GFEMS leistet sowohl einen Beitrag zur Vorenthaltung der Profite von Menschenhändlern und der Verringerung des Risikos von Zwangsarbeit in Lieferketten, als auch zur Förderung sicherer Beschäftigungsmöglichkeiten für Überlebende und besonders verletzte Personen.

Der Fonds arbeitet mit staatlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Partnern zusammen, um strategische Programme mit hohem Wirkungs- und Nachahmungspotenzial zu entwickeln und durchzuführen. Der GFEMS setzt Programme in Indien, Bangladesch, Vietnam sowie auf den Philippinen um und expandiert derzeit nach Ostafrika, wo er regionale Programme aufbaut.

Seit dem Jahr 2019 wird der Fonds von Liechtenstein unterstützt, um die Mobilisierung des Finanzsektors gegen die moderne Sklaverei zu

beschleunigen, und zwar mit einem Schwerpunkt auf Innovationen im Finanzsektor.

Die von Liechtenstein unterstützten Projekte umfassen derzeit:

- Die Erarbeitung von Lösungen zur Verfolgung illegaler Finanzströme, um Menschenhändlern ihre Profite vorzuenthalten, beginnend mit einem Projekt auf den Philippinen. Der GFEMS schliesst derzeit eine Durchführbarkeitsstudie mit Partnern vor Ort ab, um gezielte Massnahmen zur schnellen Identifizierung und Unterbrechung illegaler Finanzströme im Zusammenhang mit der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet zu ermöglichen. Mit dem globalen Anstieg dieser Art von Ausbeutung wird die Kontrolle der Finanzströme immer wichtiger. Dementsprechend können auch für andere Länder Lehren aus dem Projekt gezogen werden.
- Die Entwicklung eines auf maschinellem Lernen basierenden Analysewerkzeugs gegen Zwangsarbeit, um Unternehmen dabei zu helfen, Risiken in ihrer Versorgungskette schnell zu erkennen. Mit diesem Werkzeug können verantwortungsbewusste

Investitionen gefördert und allfällige Risiken behoben werden. Bislang hat der GFEMS ein Machbarkeitsmodell entwickelt, welches das Risiko von Zwangsarbeit auf Unternehmensebene anhand von betrieblichen Merkmalen wie der Anzahl bekannter Handelspartner, Finanzinformationen und der geographischen Situation vorhersagt.

«Global Finance ist eines der am schnellsten wachsenden Programme des Fonds mit enormem Wirkungspotenzial. Aufbauend auf der Führungsrolle Liechtensteins bei der Gründung der Finanzsektorkommission zur Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel, an der der GFEMS mit Stolz mitgewirkt hat, hat sich der Fonds auf die Entwicklung und den Einsatz umsetzbarer Lösungen mit Partnern aus dem Finanzsektor konzentriert.»

Jean Baderschneider,
CEO von GFEMS



In Indien und Bangladesch arbeitet GFEMS daran, die Nachfrage nach Zwangsarbeit zu reduzieren, indem er den Privatsektor einbezieht und Instrumente entwickelt, um das Risiko von Zwangsarbeit in Bekleidungslieferketten zu erkennen.

Copyright: GFEMS

Weiter beschleunigt der Fonds durch die Partnerschaft mit Liechtenstein die Bemühungen zur Bekämpfung des Sexhandels und der modernen Sklaverei in der Bekleidungsindustrie. Dies ermöglicht es GFEMS, seine Reichweite zu erhöhen und auf seine Vision hinzuarbeiten, sowohl die kurzfristigen Auswirkungen von COVID-19 auf die moderne Sklaverei zu mildern als auch langfristige Systemveränderungen voranzutreiben, während sich die Welt von den wirtschaftlichen Auswirkungen des Virus erholt.

Das Engagement Liechtensteins trägt massgeblich dazu bei, um die globale Wirkung des GFEMS zu stärken und das Engagement von Regierungen und Partnern aus dem Privatsektor zu mobilisieren. Auf diese Weise wird der Kampf zur Beendigung der modernen Sklaverei vorangetrieben.

Text: Globaler Fonds zur Beendigung von moderner Sklaverei

GFEMS ist seit 2019 ein bedeutender Partner Liechtensteins in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Der Fonds spielt bei der konkreten Umsetzung des im Rahmen der «Liechtenstein-Initiative» entwickelten Massnahmenkatalogs eine wichtige Rolle.

Gegen den Handel mit Menschen auf der Flucht

10

Tausende von Männern, Frauen und Kindern geraten jedes Jahr in die Fänge von Menschenhändlern. Besonders gross ist das Risiko für Menschen, die vor Konflikten, Gewalt oder Verfolgung fliehen. Menschenhändler nutzen deren Verletzlichkeit skrupellos aus. Andere werden wegen Menschenhändlern zu Flüchtlingen, wie die Geschichte von Nora aus Nigeria zeigt.

Nora verliess ihr Land, weil eine Frau ihr eine Stelle im Ausland versprochen hatte. Auf der Reise stellte sich heraus, dass es sich um eine Menschenhändlerin handelte. Nora wurde geschlagen und vergewaltigt. «Die Narben sind noch immer sichtbar», erzählt sie. In Libyen wurde Nora an Bordellbetreiber verkauft. Nach Monaten als Sexsklavin wurde sie in ein Boot gesetzt. Sie dachte, in Italien könne sie nun endlich die Stelle antreten. Doch die Menschenhändler zwangen Nora zur Strassenprostitution. Schliesslich entkam sie und floh nach Deutschland. Die Mutter in Nigeria erhält aber noch immer Drohanrufe.



Flüchtlinge zeigen ihre Unterstützung für die UNHCR-Kampagne gegen Menschenhandel im Lager Wad Sharife in Ost Sudan.

Copyright: UNHCR

Ihre Geschichte erzählt Nora im Rahmen der Initiative «Telling the Real Story». Auf der Internet-Plattform berichten Opfer, wie sie voller Hoffnung aufbrachen – und auf einem Sklavenmarkt landeten. Solche Berichte können dabei helfen, Flüchtlinge und Migranten auf die Risiken aufmerksam zu machen. Die UNO-Flüchtlingsorganisation (UNHCR) hat aber auch jene im Blick, die bereits Opfer wur-

den. Wichtig ist, diese zu erkennen und vor weiteren Übergriffen zu schützen. Manche Opfer können nicht gefahrlos nach Hause zurückkehren, weil sie dort mit Vergeltungsaktionen der Menschenhändler rechnen müssen. Manchen droht sogar Gefahr von der eigenen Familie, wenn diese etwa von der Prostitution erfahren hat. Solche Menschen benötigen nicht nur temporär Unterstützung, sondern Asyl.

UNHCR unterstützt die Staaten nicht nur bei der Aufgabe, Opfer von Menschenhandel zu erkennen, sondern auch durch die Arbeit im Feld und mit der Entwicklung von Instrumenten. So wurden bereits 2006 Richtlinien erarbeitet, die erläutern, wann Menschenhandelsopfer den Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention in Anspruch nehmen können. 2009 hat UNHCR zudem gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration einen Leitfaden für Standardverfahren entwickelt, welche die Identifizierung von Betroffenen erleichtern können. Kürzlich erschien eine überarbeitete Fassung.

Darüber hinaus braucht es im Kampf gegen Menschenhandel ein entschiedenes Engagement der Staatengemeinschaft. Neben der Hilfe für die Opfer und der Verfolgung der Täter muss das Ziel sein, das Geschäftsmodell der Menschenhändler zu untergraben – unter anderem durch die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. Einen kleinen Beitrag können schliesslich wir alle leisten: Wir können uns informieren und keine Produkte kaufen oder Dienstleistungen beanspruchen, die mit Ausbeutung zu tun haben.

Text: UNHCR-Büro für die Schweiz und Liechtenstein

UNHCR ist seit vielen Jahren ein wichtiger Partner Liechtensteins in der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe. Dem UNHCR kommt eine zentrale Rolle beim Schutz, der Registrierung sowie der humanitären Hilfe für Flüchtlinge und Asylsuchende zu.

Opfern von Menschenhandel eine Perspektive bieten

12

Millionen von Frauen, Männern und Kindern auf der ganzen Welt werden von Kriminellen ausgebeutet, die mit Menschen handeln. Fast jedes Land der Welt ist von diesem abscheulichen Verbrechen betroffen, sei es als Herkunfts-, Transit- oder Zielland.

Im Jahr 2010 verabschiedete die Generalversammlung den UNO-Weltaktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels. Der vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) verwaltete Treuhandfonds wurde als unverzichtbarer Bestandteil der globalen Initiative zur Bekämpfung des Menschenhandels eingerichtet. Sein Mandat besteht darin, den Opfern des Menschenhandels über spezialisierte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf der ganzen Welt humanitäre, rechtliche und finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Diese NGOs leisten den Opfern entscheidende Hilfe, darunter Unterkunft, Gesundheitsdienste, Bildung, Berufsausbildung und psychosoziale, rechtliche und wirtschaftliche Unterstützung.



NGO SAMUSOCIAL in Senegal profitiert von Unterstützung des Treuhandfonds.

Copyright: UNVTF

Seit seiner Gründung hat der Treuhandfonds USD 4,6 Millionen in Form von Fördermitteln an fast 90 spezialisierte NGO-Projekte weltweit vergeben und damit mehr als 3500 Opfern pro Jahr in fast 50 Ländern direkt geholfen. Er ist der einzige Treuhandfonds der Vereinten Nationen mit einem spezifischen Schwerpunkt auf Frauen und Mädchen, die weltweit Opfer von Menschenhandel sind.

Im Rahmen der Coronakrise steht der Treuhandfonds bei humanitären Krisen weiterhin an vorderster Front zur Unterstützung von «Grassroots»-Organisationen weltweit, die sich für die Bedürfnisse der Opfer einsetzen. Im Jahr 2020 vergab der Treuhandfonds Fördermittel im Rahmen des neuen Nothilfeprogramms als Teil seines vierten Aufrufs zur Einreichung von Vorschlägen für bisher 10 NGO-Projekte in fünf Weltregio-

nen. Weitere 16 NGO-Projekte, die mittelfristig Hilfe für Opfer erbringen, wurden aus 14 Ländern im Rahmen seines umfassenden Hilfenfensters ausgewählt.

Durch sein Programm zur Förderung von Kleinprojekten stellt der Fonds sicher, dass ausgebeutete Personen die Unterstützung erhalten, die sie für ihre Rehabilitierung und Wiedereingliederung benötigen. Dies geschieht in einer Zeit, in der es immer schwieriger wird, als Opfer solcher verborgenen Verbrechen identifiziert zu werden. Der Schwerpunkt des Treuhandfonds liegt nach wie vor auf Projekten für Frauen und Mädchen, Flüchtlingen und Migranten und die Opfer von bewaffneten Konflikten oder Instabilität infolge des Zusammenbruchs von Recht und Ordnung sind.

Die Arbeit des Fonds wird durch die «Blue Heart»-Kampagne ergänzt, eine globale Sensibilisierungsinitiative zur Bekämpfung des Menschenhandels, welche Regierungen, die Zivilgesellschaft und Einzelpersonen dazu ermutigt, bei der Prävention dieses Verbrechens mitzuhelfen.

Alle Einnahmen der «Blue Heart»-Kampagne gehen direkt an den Treuhandfonds zur Unterstützung der Opfer. Mit diesen Mitteln kann der Treuhandfonds eine noch grössere Wirkung erzielen und noch mehr Opfer erreichen, die dringend Unterstützung benötigen.

Text: UNO-Treuhandfonds zur Bekämpfung von Menschenhandel

Liechtenstein unterstützt den Treuhandfonds im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit seit 2017.

Der Fonds spielt eine wesentliche Rolle in der Unterstützung von Opfern und komplementiert dadurch das liechtensteinerische Engagement zur Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel.

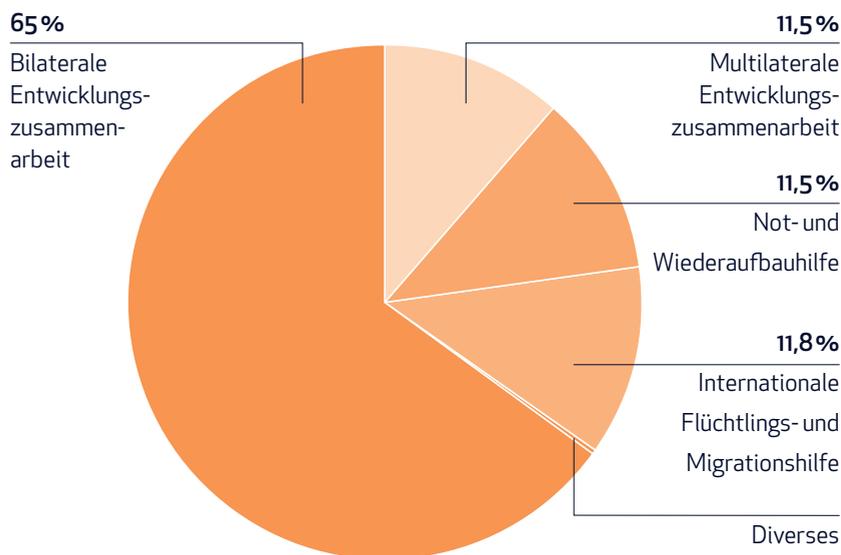
Die aktuellsten IHZE-Zahlen

14

22,6 Mio. CHF wurden 2019 für die IHZE aufgewendet. Rund 65% davon wurden für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit verwendet. Jeweils etwa 11% des Gesamtbudgets wurden über die anderen Kategorien der IHZE ausgeschüttet.

8,5 Mio. CHF wurden 2019 in Afrika eingesetzt. Dies entspricht rund 38% des gesamten IHZE-Budgets und verdeutlicht einen geographischen Schwerpunkt der IHZE. Das grösste Engagement erfolgte dort in den Schwerpunktländern des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED), konkret in Burkina Faso, Mali, Mosambik, Sambia, Senegal und Simbabwe. 18% der Mittel wurden für Entwicklungsprojekte in Zentral- und Südamerika, insbesondere in Bolivien und Peru, verwendet. Das Engagement in Europa nimmt 15% der Gelder in Anspruch. Unterstützt werden Projekte in der Balkan-Region und im ärmsten Land Europas, in der Republik Moldau, auch ein Schwerpunktland des LED. In den Ländern des Balkans, hauptsächlich im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina, engagiert sich Liechtenstein im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migra-

Verteilung des Gesamtbudgets nach Kategorien



tionshilfe. Das Engagement in Asien umfasst 2% der IHZE-Gelder. Der Anteil der Projekte im Nahen Osten beträgt 5% des Gesamtbudgets. 22% der Mittel wird nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese Beiträge, welche «International» bezeichnet werden, sind essentiell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programme zu unterstützen und die Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.

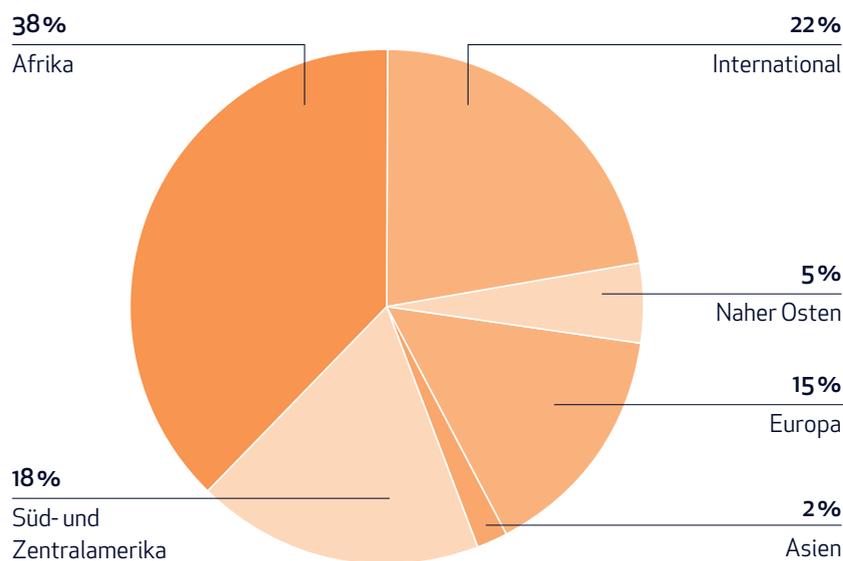
6,3 Millionen CHF wurden für Projekte zur Förderung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Verbesserung von Arbeitsbedingungen eingesetzt. Diese Beiträge tragen gesamthaft entweder zur direkten Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel oder tragen zur Prävention und Reduktion des Ausbeutungsrisikos bei.

Rund 654 CHF wurden pro Einwohnerin und Einwohner 2019 für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) aufgewendet. Pro Kopf gehört Liechtenstein damit weltweit zu den Top-Geldgebern.

0,37 beträgt der gegenwärtige ODA-Prozentsatz (Jahr 2017).

Die offizielle Entwicklungszusammenarbeit umfasst alle Ausgaben, welche ein Staat gemäss den Kriterien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe ausgibt. Zum zwischenstaatlichen Vergleich der ODA hat sich eine Kennzahl etabliert,

Verteilung des Gesamtbudgets nach Regionen



welche die ODA im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) eines Staates betrachtet – der sogenannte ODA-Prozentsatz.

Der internationale Zielwert für den ODA-Prozentsatz liegt bei 0,7. Liechtenstein befindet sich im elften Rang der internationalen Geldgeber. Die gesamten ODA-Ausgaben, zu denen das entspre-

chende Engagement der Gemeinden, die Klimafinanzierung sowie die Betreuungskosten für Asylsuchende im Inland gerechnet werden, betragen im Jahr 2019 rund 25,3 Millionen Franken.



REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

MINISTERIUM FÜR
ÄUSSERES, JUSTIZ UND KULTUR

Herausgeber

Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur
Peter-Kaiser-Platz 1
9490 Vaduz
Liechtenstein

Gestaltung

Büro für Gebrauchsgraphik AG, Vaduz

Druck

BVD Druck+Verlag AG, Schaan

November 2020

